



**Volker Kauder**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

**Grußwort**  
**des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**  
**Volker Kauder MdB**  
**zum „Marsch für das Leben“**  
**des Bundesverbandes Lebensrecht e.V.**  
**am 20. September 2014**

Der „Marsch für das Leben“ findet in diesem Jahr zum zehnten Mal statt. Er ist zu einer Institution geworden, obgleich die Teilnehmer und Veranstalter sich nichts sehnlicher wünschen werden, als dass es dieser besonderen Mahnung und der Erinnerung an das ungeborene Leben in der Mitte Berlins nicht mehr bedarf.

Angesichts der Tatsache, dass im Jahre 2013 in unserem Lande erneut über 100.000 Schwangerschaften abgebrochen wurden – bei rund 680.000 Geburten – bin ich dankbar dafür, dass Sie weiterhin Ihre Stimme für das ungeborene Leben erheben und durch diese Veranstaltung ein sichtbares Zeichen für den Lebensschutz setzen.

In einer Zeit, in der Selbstbestimmung und Autonomie uneingeschränkt zu den modernen gesellschaftlichen Errungenschaften zählen, werden die Folgen einer Überbetonung derselben häufig ausgeblendet. Über ungeborenes Leben wird bestimmt, da dessen Stimme nicht als vollwertig wahrgenommen wird. Umso notwendiger ist es, sich immer wieder auf das zu besinnen, was das Menschsein ist. Für uns Christdemokraten liegt dem Verständnis von Menschsein das christliche Menschenbild zugrunde, nach dem sich unser politisches Handeln ausrichtet. Jedem Menschen kommt dabei eine unveräußerliche Würde zu, die unter allen Umständen von Beginn an bis zu seinem Ende zu schützen ist. Dieser Schutz ist nicht relativierbar. Dass er für ungeborenes Leben in unserem Lande nicht vollumfänglich gilt, ist rechtliche und politische Realität, nicht aber unumstößliches Gesetz.

Der „Marsch für das Leben“ setzt in diesem Jahr ein besonderes Zeichen gegen die Legalisierung der Beihilfe zum Suizid. Der Deutsche Bundestag wird sich in den kommenden Monaten intensiv mit dem Thema Sterbehilfe auseinandersetzen. Dabei werden wir auch in den Blick nehmen, welche Folgen eine Legalisierung in einer alternden Gesellschaft mit steigenden Gesundheitskosten hätte.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass das organisierte Helfen zum Sterben verboten wird. Nicht nur dürfen wir keinen Profit mit dem Sterben zulassen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass das Leben am Lebensende als nicht mehr lebenswert und weniger schutzwürdig angesehen wird. Es ist entscheidend, die Sterbenden zu begleiten, nicht

ihr Leben rasch zu beenden. Dabei gilt es, die Ängste der Menschen vor dem Sterben ernst zu nehmen. Sie sollen sich darauf verlassen können, dass ihnen qualvolles Leid am Lebensende erspart wird. Hierfür brauchen wir den Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizbewegung. Nehmen wir diese Aufgabe nicht mehr mit aller Kraft bis zum Lebensende kranker Menschen wahr, verlieren wir eine wichtige Verantwortung in unserer Gesellschaft.

Ich sende den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des diesjährigen Marsches durch die Berliner Mitte herzliche Grüße und wünsche Ihnen, dass Ihre Veranstaltung viele Menschen in unserem Lande aufrüttelt.